

Veranstaltung:	Landtagswahl 2022 - Wahlprüfsteine
Anrede:	Frau
Name:	Claudia Gerlach
E-Mail-Adresse:	<a href="mailto:gerlach@tierrechte.de">gerlach@tierrechte.de</a>
Zeitpunkt:	28.03.2022 15:38
Telefonnummer:	03641-5549244
Institution:	Menschen für Tierrechte - Bundesverband der Tierversuchsgegner e.V.
Frist für die Antwort*1:	19.04.2022
<b>*1 Wir sind bemüht Fristen einzuhalten, können dies aber aufgrund der Menge der Anfragen nicht verbindlich zusagen.</b>	
<b>Ihre Wahlprüfsteine</b>	
Wahlprüfstein 1:	<p>1. Trotz des Staatsziels Tierschutz und einem umfangreichen Tierschutzrecht schützt unser Rechtsstaat die Tiere nicht zuverlässig. Sowohl bei Gesetzgebung und Kontrolle als auch in der Strafverfolgung gibt es eklatante Defizite. Welche Maßnahmen plant Ihre Partei, um diese Missstände abzustellen?</p> <p>Die Gesetzgebungskompetenz im Bereich Tierschutz liegt auf der Bundesebene. Die SPD hat sich im Bundestagswahlkampf dafür ausgesprochen, dass im Rahmen einer neuen Tierschutz-Nutztierhaltungsverordnung alle Nutztierarten sowie alle Haltungsformen erfasst werden. Die SPD hat sich in der Ampelkoalition verpflichtet, die Rechts- und Vollzugslücken im Bereich des Tierschutzes zu schließen. Dazu sollen Teile des Tierschutzrechts in das Strafrecht überführt und das maximale Strafmaß erhöht werden. Die NRWSPD unterstützt diese Vereinbarung und weitere Vereinbarungen, die den Tierschutz stärken und Tierversuche minimieren. In einer SPD-geführten Landesregierung werden wir diese Pläne auf Bundesebene aktiv begleiten und unterstützen. Die Kontrollbehörden der Landkreise und Kommunen sind oftmals nicht ausreichend finanziell und personell ausgestattet. Die SPD will die Kommunen finanziell entlasten, das schafft Spielraum, um die Arbeit der Veterinärbehörden zu stärken.</p>
Wahlprüfstein 2:	<p>2. Die Produktion tierischer Produkte verursacht etwa 28% der globalen Treibhausgasemissionen. Wissenschaftler fordern deswegen den Abbau der Tierbestände. Was plant die SPD, um die Tierzahlen zu reduzieren?</p> <p>Auch die SPD fordert eine Reduzierung der Tierbestände in der Nutztierhaltung in NRW. Der Klimawandel ist ein Grund: obwohl nur 9 Prozent der Landwirtschaftsfläche in Deutschland auf NRW entfällt, sind es bei den THG-Emissionen 12 Prozent des Bundesanteils – vor allem durch die hohen Tierzahlen. Auch die Boden- und Gewässergüte sowie das Tierwohl spielen eine große Rolle: Um übermäßigen Nitratreintrag zu verhindern und artgerechtere Tierhaltung u.a. in Offenställen im Einklang mit dem</p>

	<p>Immissionsschutz und mit deutlich mehr Platz pro Tier zu ermöglichen, sieht die SPD eine regionale Begrenzung der Tierzahlen an die Fläche (2GVE/ha) als unumgänglich an. Eine positive Umgestaltung der Nutztierhaltung werden wir politisch aktiv begleiten. Ziel muss es sein, in der Landwirtschaft mit weniger Tieren ein gutes Auskommen zu erzielen.</p>
Wahlprüfstein 3:	<p>3. Um die Klimaziele zu erreichen, fordert u.a. der Weltklimarat eine Reduktion des Fleischkonsums. Welche Maßnahmen plant Ihre Partei, um den Konsum tierischer Produkte zu reduzieren (z.B. Klima-Abgabe oder Mehrwertsteuererhöhung)?</p> <p>Der SPD ist die Förderung gesünderen Ernährungsverhaltens wichtig. Dazu wollen wir die Ernährungsbildung stärken sowie für die öffentliche Gemeinschaftsverpflegung den DGE-Standard verbindlich machen. Der Standard berücksichtigt die neuesten Erkenntnisse der sog. Planetary Health Diet. Das bedeutet im Durchschnitt einen geringeren Anteil an Fleisch pro Gericht sowie bspw. mehr Hülsenfrüchte. Vegetarische und vegane Ernährungsweisen bleiben eine private Entscheidung, wobei für Entscheidungsfreiheit eine adäquate Auswahl gegeben sein muss. Schließlich sehen wir dabei die Kostenfreiheit des Essensangebots für alle Kinder und Jugendlichen als wichtiges Ziel an. Für den Umbau der Nutztierhaltung zur Erreichung der Haltungsstufen 3 und 4 in der Breite, wie es die sog. Borchert-Kommission ausgeführt hat, liegen verschiedene Finanzierungsmodelle vor. Hier wird die Koalition auf Bundesebene noch in diesem Jahr Klarheit schaffen. Der SPD in NRW ist es wichtig, dass die Finanzierung nicht vor allem zu Lasten der kleineren Einkommen gehen darf.</p>
Wahlprüfstein 4:	<p>4. Mit dem Anbau von Eiweißpflanzen können dreimal so viel Nahrungsmittel erzeugt werden wie auf fleischlicher Basis. Deswegen sollte der Konsum einer tier- und klimafreundlichen pflanzenbasierten Ernährung mittels einer Ernährungsstrategie gesteigert werden. Welche Maßnahmen plant Ihre Partei?</p> <p>Die SPD sieht das Ernährungsverhalten als den wesentlichen Hebel zur nachhaltigen Umgestaltung der Landwirtschaft an. Dies ist auch von individuellem Gesundheitsnutzen. Neben der Stärkung der praxisorientierten Ernährungsbildung in Schulen und Kitas wird der verbindliche DGE-Standard in der Gemeinschaftsverpflegung eine pflanzenbasiertere Ernährung befördern und Ernährungsweisen bei unseren Kindern und Jugendlichen positiv beeinflussen. Gesellschaftlich eingeforderte Investitionen in das Tierwohl wiederum werden eine preisliche Wirkung auf die Menge des Fleischkonsums haben, der in den letzten Jahren laut Ernährungsreport aber ohnehin gesamtgesellschaftlich rückläufig ist. Im Rahmen der Enquetekommission zur Zukunft der Landwirtschaft im Landtag von Nordrhein-Westfalen hat sich die SPD dafür eingesetzt, dass der heimische Eiweißpflanzenanbau explizit gefördert wird. Dies beinhaltet Forschung und Entwicklung zu robusteren, klimaresistenteren Proteinpflanzen.</p>
Wahlprüfstein 5:	<p>5. Um Klimawandel, Artensterben und Zerstörung der Ökosysteme entgegenzuwirken, müssen die Agrarsubventionen zugunsten von Tier-,</p>

	<p>Natur- und Klimaschutz umgeschichtet und ein Ausbau des ökologischen Landbaus verfolgt werden. Welche Maßnahmen und Ziele plant Ihre Partei?</p> <p>Die SPD strebt für die nächste GAP-Reform eine konsequente Anwendung des Prinzips „öffentliches Geld für öffentliche Leistung“ an. Dies bedeutet eine Abkehr von den ungerechten wie steuerungsblinden Direktzahlungen allein nach der Fläche. In den jüngsten EU-Reformen gab es dafür politisch keine Mehrheit. Von der Landwirtschaft erbrachte Leistungen, die gesellschaftlich eingefordert, aber sonst über den Markt nicht entlohnt werden, müssen dann ausschlaggebend für die Förderung sein. Daher setzen wir uns für eine Gemeinwohlprämie ein. Langfristig sollte dies in ein marktgetragenes System überführt werden, das im Rahmen einer Nachhaltigkeitsbilanzierung externe Effekte und positive Leistungen in die Preislegung integriert und damit auch umweltfreundliches Wirtschaften finanziell besserstellt.</p> <p>Den Ökolandbau wollen wir über eine Ausweitung der Ökomodellregionen sowie nachfrageseitig über vorgegebene Anteile in den Ausschreibungen der Gemeinschaftsverpflegung stärken.</p>
Wahlprüfstein 6:	<p>6. Immer mehr Landwirte wollen aus der Tierhaltung austeigen und suchen nach neuen Einkommensquellen. Welche Maßnahmen plant Ihre Partei zur Unterstützung (Umstiegs- und Anbauförderungen, Beratungs- und Weiterbildungsangebote, Studium und Ausbildung, Forschungsförderung für tierlose Anbausysteme)?</p> <p>Die SPD strebt eine stärker regionalisierte, multifunktionale Landwirtschaft mit kurzen Wertschöpfungsketten an, was auch einen höheren Wertschöpfungsanteil auf den Betrieben z. B. im Bereich der Weiterverarbeitung, aber auch der Direkt- und Regionalvermarktung einschließt. Hierzu sind große Anstrengungen nötig, um regionale Verarbeitungsstrukturen zu halten und zu etablieren, Beratungs- und Koordinationsleistungen zu erbringen usw. Dabei sollen regionale Wertschöpfungscentren unterstützen, die bei der einzelbetrieblichen Beratung und Vernetzung von Akteuren über bestehende Angebote der Kammer hinaus tätig werden. Multifunktionalität bedeutet, die Einkommen auch über Energieerzeugung und Tourismus sowie Leistungen im Natur- und Artenschutz zu diversifizieren. Hier bestehen vielfältige Einkommensmöglichkeiten nach der neuen GAP, über den Vertragsnaturschutz usw. Die SPD drängt außerdem auf die Einführung einer Gemeinwohlprämie, um die Anreize für derartige gesellschaftliche Leistungen zu erhöhen und diese auch fair zu entlohnen. Schließlich ist eine an eingesparte Klimagase gekoppelte Prämie für Betriebe denkbar, die ihre Tierbestände reduzieren wollen.</p>
Wahlprüfstein 7:	<p>7. Die Bundesregierung plant eine Reduktionsstrategie für Tierversuche. 2021 forderten 97% der EU-Abgeordneten die EU-Kommission auf, einen Ausstiegsplan aus dem Tierversuch zu erarbeiten. Welche Maßnahmen und Ziele plant die SPD, um Tierversuche zu reduzieren bzw. den Ausstieg einzuleiten?</p> <p>Die SPD hat im Bundestagswahlkampf erklärt, dass wir für den perspektivischen Ausstieg aus den Tierversuchen eine Gesamtplanung</p>

	<p>aufsetzen werden und die Entwicklung von tierversuchsfreien Verfahren stärker fördern. Obwohl diese Ziele vor allem auf Bundesebene umzusetzen sind, sehen wir uns auch in NRW dieser Strategie verpflichtet. Eine wichtige Hilfe wäre dabei der von EU-Kommission zu erstellende Ausstiegsplan.</p> <p>Die Ampelkoalition hat sich auf eine Reduktionsstrategie zu Tierversuchen geeinigt und will dabei die Forschung zu Alternativen unterstützen. In einer SPD-geführten Landesregierung würden wir diese Pläne aktiv unterstützen. Die letzte SPD-geführte Landesregierung hat mit der Gründung und Förderung des Centrum für Ersatzmethoden zum Tierversuch (CERST) hierzu einen wichtigen Impuls gegeben, um den Einsatz von Alternativ- und Ergänzungsmethoden bei Tierversuchen zu fördern. Diesen Weg werden wir weitergehen.</p>
<p>Wahlprüfstein 8:</p>	<p>8. Das überarbeitete Tierversuchsrecht wird der EU-Richtlinie nicht gerecht (kein umfassendes Prüfrecht der Genehmigungsbehörde, keine Belastungsobergrenze, etc.). Plant Ihre Partei sich auf Bundesebene für eine Überarbeitung von Tierschutzgesetz und Tierschutz-Versuchstierverordnung einzusetzen?</p> <p>Wir Sozialdemokrat*innen streben prinzipiell an, Tierversuche durch innovativste wissenschaftliche Alternativverfahren zu ersetzen und somit den Wissenschaftsstandort Deutschland nachhaltig zu stärken. Die SPD hat sich in mehreren Beschlüssen für den Ausstieg aus Tierversuchen ausgesprochen. Dazu gehören auch weitere Änderungen im Bereich des gesetzlichen Tierschutzes.</p> <p>Die SPD hat sich dafür ausgesprochen, die Entwicklung von tierversuchsfreien Verfahren noch stärker zu fördern. Die schon auf den Weg gebrachte nationale Translationsplattform für tierversuchsfreie Alternativmethoden ist dabei ein wichtiger Schritt. Diese kann helfen, Tierversuche dort zu ersetzen, wo dies möglich ist und tierversuchsfreie Alternativmethoden weiterzuentwickeln.</p>
<p>Sonstige Anmerkungen:</p>	<p>Mein Name ist Claudia Gerlach, ich arbeite als Fachreferentin bei der Tierrechtsorganisation „Menschen für Tierrechte“. Weitere Informationen siehe: <a href="https://www.tierrechte.de/">https://www.tierrechte.de/</a>. Alle Angaben nach § 3 LobbyRG wurden eingetragen (Registernummer: R001016).</p>